

Kommt HOK??

Interview mit G. Andretta, MdL
-> Seiten 2-3

“HiWi“-Lohnkürzungen

Juso-HSG unterstützt
studentische Beschäftigte
-> Seite 5

Junge Union für Studiengebühren

RCDS zieht mit
-> Seite 7

Hochschuloptimierung und kein Ende

Den Hochschulen droht erneut großes Unheil: Es stehen weitere Kürzungen im Bildungsetat bevor. Das zumindest geht aus den vorläufigen Zahlen des niedersächsischen Haushaltes 2005 und den Worten von Ministerpräsident Christian Wulff und Wissenschaftsminister Lutz Stratmann hervor.

■ Land will Bildungsetat kürzen...

1,9 Milliarden Euro will die Landesregierung im kommenden Jahr einsparen und sieht sich daher – „mit großem Bedauern und unter Ernstnahme studentischer Bedenken“ – außerstande, bei einer solchen Summe die Bildung von der Mittelkürzung auszunehmen. Eine deutlich unterproportionale Kürzung des Bildungsetats soll es zwar sein, dafür verspricht sich der Wissenschaftsminister einzusetzen, doch ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten, dass sich dieses Stratmann'sche Engagement deutlich überproportional auswirken wird.

Im vergangenen Jahr hatte der Ministerpräsident noch versprochen, den Bildungsetat zukünftig nicht weiter zusammenzustreichen, da gerade er die Bedeutsamkeit einer Investition in die Bildung klar und deutlich sehe. Es scheint sich sein Blick seitdem etwas getrübt zu haben. Wortbruch? Nein – Optimierung!

Einzelne Angebote sollen durch die neuartige Mittelzuteilung „zusammengelegt“ werden, heißt es aus Hannover. Mit anderen Worten: Es werden kurzerhand Fachbereiche, Studienangebote und Lehrstühle gestrichen.

Dass man Bildung auch kaputt-optimieren und Lehr- in Leerstühle verwandeln kann, hat die Landesregierung schon einmal bewiesen: Die letzte Kürzungsrunde wirkte sich beängstigend schnell und noch beängs-

tigender deutlich in den Hochschulen aus und gestaltete das Lehrangebot auf negative Weise um. Von einer Reduzierung des Studienangebots sind hierbei keineswegs nur die viel zitierten „Orchideenfächer“ betroffen, die „großen Fakultäten“ spüren ebenso die Last, nicht mehr eine gewohnte Themenvielfalt auf den Lehrplan setzen zu können – niemand blieb von der Optimierung verschont. Diese massiven Kürzungen sollen nun also eine Fortsetzung finden.

■ ...und Studiengebühren einführen

Langfristig kann nur ein Mittel Abhilfe gegen die stetigen Kürzungen schaffen, wenn man nach den Worten des Ministerpräsidenten geht: Allgemeine Studiengebühren. Wulff sehnt ein entsprechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes herbei, um diese einführen zu können. Vorfinanziert durch das Land sollen die Gebühren nicht werden, ein Stipendiensystem schließt Wulff ebenso aus. Wie sich aber die Eintreibung der Gebühren ausgestalten soll, wie ein solches System als gerecht verkauft werden kann und warum Studiengebühren und kein anderes Mittel zur Genesung des Bildungssystems führen sollen, dazu möchte derzeit niemand aus Hannover Stellung nehmen, da die Verantwortlichen entweder nach China gereist oder schlichtweg „sehr beschäftigt“ sind.

Kurzum – an den Hochschulen wird gespart und die Gefahr einer Einführung von Studiengebühren droht stärker denn je. Unausgelegte Konzepte und mangelnde Weitsichtigkeit sind es, die sich eine Landesregierung bei solch halbseidenen Konzepten vorwerfen lassen muss.

Es ist hohe Zeit, zum Protest überzugehen und den Verantwortlichen die weitreichende Bedeutung ihrer anstehenden Entscheidungen vor Augen zu führen!

Die Bahn kommt... Der Bus nicht!

Die Urabstimmung über das Semesterticket ist gelaufen! Die Wahlbeteiligung betrug rekordverdächtige 37,1 Prozent.

Ein ganz klares Ergebnis gab es in Bezug auf das Busticket. 79,7 Prozent derjenigen, die zur Wahl gegangen sind, haben sich gegen ein solches Ticket ausgesprochen. Die Ursache hierfür dürfte zum Einen darin liegen, dass in Göttingen sowieso fast kein Studi Bus fährt, zum Anderen aber auch darin, dass das Angebot der Stadtwerke mehr als dürftig war.

Ganz anders sieht das Ergebnis beim Bahnticket aus. Wohl aufgrund der vom AstA ausgehandelten Erweiterung des Tickets bis Kassel und des im Gegensatz zur letzten Urabstimmung auch preislich verbesserten Angebotes, wurde dieses Ticket mit 56,4% angenommen.

Folglich wird es ab kommendem Semester ein Bahnticket verpflichtend für alle Göttinger Studierenden geben. Dieses wird 44,70 Euro pro Semester kosten. Das Ticket umfasst die Benutzung aller InterRegioExpress, RegionalExpress und Regionalbahnen in Niedersachsen, Hamburg und Bremen sowie bis Kassel-Wilhelmshöhe und auf der Strecke Hannover-Osnabrück und der Metronom.

Für Studierende, die sich das Ticket absolut nicht leisten können, will der AstA einen Sozialfond einführen. Hierzu wurde bereits eine Arbeitsgruppe eingeführt, die ein möglichst einfaches Konzept entwickeln soll.

„Wichtig ist öffentlicher Protest“

Interview mit Dr. Gabriele Andretta, MdL

Frau Andretta, im letzten Jahr hat das Hochschuloptimierungskonzept der CDU/FDP-Landesregierung ja zu erheblichen Einschnitten an den Hochschulen geführt. Was wird in diesem und dem nächsten Jahr auf die Hochschulen zukommen?

Ende Juni findet die entscheidende Haushaltsklausur der Landesregierung statt, auf der die Kürzungsvorgaben für die einzelnen Ressorts festgelegt werden. Zwar hat der Wissenschaftsminister beim letzten Abkassieren der Hochschulen verkündet, es werde keine weiteren Kürzungen mehr geben. Doch was kümmert den Minister sein Geschwätz von gestern. Minister Stratmann wird auch dieses Mal wieder brav das Geld der Hochschulen beim Finanzminister abliefern. Zum Procedere: Im Oktober wird der Haushalt von der Landesregierung in das Parlament eingebracht, dort beraten und im Dezember beschlossen. Die Kürzungen treten dann 2005 in Kraft.

Wie sind die Chancen, diese Kürzungen zu verhindern?

Als Opposition im Parlament werden wir alles versuchen, Kürzungen an den Hochschulen abzuwenden. Wir werden – wie bei den letzten Haushaltsberatungen auch – die politische Priorität im Bildungsbereich setzen und Gegenvorschläge machen. Die Erfolgsaussichten schätze ich allerdings als nicht sehr groß ein.

Die CDU sieht die Zukunft Niedersachsens offenbar als Agrarland, für ihre Bauern ist ihnen keine Subvention zu hoch. Jeder weiß aber, die Zukunft liegt nicht in den Zuckerrüben, sondern in den Köpfen der jungen Menschen. Wichtig ist daher breiter öffentlicher Protest gegen weiteren Raubbau an der Zukunft. Ich bin mir sicher, die Studierenden werden wieder mit phantasievollen Aktionen für die „Rettung der Bildung“ kämpfen.

Werden in Niedersachsen allgemeine Studiengebühren eingeführt?

Die Regierungsfractionen CDU und FDP haben sich ebenso klar und eindeutig für Studiengebühren ausgesprochen wie der Ministerpräsident Wulff und sein Minister Stratmann. Das einzige, was sie von der Einführung von Studiengebühren noch abhält, ist das Verbot im Hochschulrahmengesetz (HRG). Sollte das Bundesverfassungsgericht in seinem für den Herbst erwarteten Urteil das Gebührenverbot im HRG für unzulässig erklären, weil unvereinbar mit der Länderzuständigkeit für Hochschulen, dann wird sofort der schon jetzt fertige Gesetzesentwurf aus der Schublade geholt. Studiengebühren

können dann schon ab dem WS 2005/2006 fällig werden.

Wie wird sich die SPD im Landtag dazu verhalten?

Die SPD hat einen eindeutigen Parteitagsbeschluss: Keine Studiengebühren für das Erststudium. Und weil die SPD es ernst damit meint, hat ihre Bundesregierung das Gebührenverbot im HRG verankert. Spätestens seit PISA wissen wir, nirgendwo hängen die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Studiengebühren werden die soziale Selektivität weiter verschärfen, ob man das beabsichtigt oder nicht. Es geht aber nicht nur um die Frage, ob Hochschulen wieder zu geschlossenen Gesellschaften werden, sondern um die zukünftige Rolle des Staates. Zugespitzt formuliert: Bleibt Bildung eine öffentliches Gut in staatlicher Verantwortung oder soll Bildung zur verbraucherfinanzierten Dienstleistung werden? Ich plädiere entschieden für Ersteres! Diejenigen, die glauben, dass mit Studiengebühren Geld in die Kassen der unterfinanzierten deutschen



Dr. Gabriele Andretta, Landtagsabgeordnete aus Göttingen, hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Hochschulen gespült wird, machen die Rechnung ohne den Finanzminister. Dieser wird im Gegenzug zur Einführung von Studiengebühren noch schamloser als schon bisher die Hochschulbudgets kürzen, um seine Haushaltslöcher zu stopfen. Also ein Nullsummenspiel für die Hochschulen.

Die Landesregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Hochschulzulassung in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen eingebracht. Was soll sich ändern?

Hochschulen sollen sich in Zukunft ihre Studierenden in Studiengängen mit örtlichem NC selbst aussuchen dürfen. Derartige Auswahlverfahren sind auch bisher schon möglich, allerdings durften bisher höchstens 24 Prozent der Studienplätze von den Hochschulen nach dem Ergebnis eigener Auswahltests vergeben werden. Kaum eine Hochschule machte allerdings davon Gebrauch, viele scheuten den hohen Aufwand. Jetzt soll die Quote auf 90 Prozent erhöht werden, der Rest wird nach Wartezeit vergeben. Nun gäbe es gute Gründe, auch denjenigen eine Chance zu geben, deren Abiturnote nicht zu den besten zählt. Der eigentliche Skandal des Gesetzes ist, dass die Hochschulen zukünftig für die Durchführung von Auswahlverfahren Gebühren erheben dürfen. Diese „Bewerbungsgebühr“ wird dann bei jeder Hochschule für jede Bewerbung fällig. Bei notwendigen Mehrfachbewerbungen kommt da schnell einiges zusammen. Statt soziale Hürden abzubauen, werden auf diese Weise neue errichtet.

Noch eine geplante Gesetzesänderung: Die Landesregierung will das Widerspruchsverfahren beim Bafög abschaffen. Macht die SPD da mit?

Auf keinen Fall. Diese sogenannte Verwaltungsmodernisierung ist ein Schildbürgerstreich. Denn nach Abschaffung der jetzigen Regelung müssen alle EmpfängerInnen von Bafög-Bescheiden zukünftig den Klageweg beim Verwaltungsgericht beschreiten, wenn sie Widerspruch einlegen wollen. Dieses verursacht nicht nur enorme Kosten, sondern lange Bearbeitungszeiten, die über ein Jahr dauern können. Ein Jahr und länger, in dem die Studierenden auf ihr Bafög warten müssen. Das bisherige Widerspruchsverfahren, das von den Studierendenwerken im Auftrag der Hochschulen vor Ort direkt abgewickelt wird, hat sich sehr bewährt. Man muss wissen, dass über die Hälfte der eingereichten Widersprüche nur zur Fristwahrung eingelegt werden, weil noch Unterlagen fehlen und nachgereicht oder ergänzt werden müssen. Zukünftig bleibt dann nur der Weg zum Verwaltungsgericht. Wir werden alles versuchen, um diesen Unfug zu verhindern – aber wir sitzen auf der Oppositionsbank.

Zum Schluss Ihre Meinung zur aktuellen Diskussion um Eliteunis. Sind

Elitehochschulen der Ausweg aus der Bildungsmisere?

Nein. Vor kurzem habe ich in der Süddeutschen Zeitung eine schöne Metapher gelesen, die das Dilemma treffend beschreibt: Manche Türme entstehen, indem man um sie herum den Wasserspiegel senkt, und manche Türme fangen an zu leuchten, wenn man um sie herum das Licht löscht. Unsere Hochschulen haben in erster Linie kein Spitzenproblem, sondern ein Masse-Problem. Die Hochschulen sind in den siebziger Jahren geöffnet worden, ohne auch die Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Das hat dazu geführt, dass die Betreuung der Studierenden und die Forschungsbedingungen sich dramatisch verschlechtert haben. Eine Folge war, dass immer mehr Forschung in die außeruniversitären Forschungsinstitute verlagert wurde und gleichzeitig eine Verengung auf Berufsorientierung in der Lehre stattgefunden hat. Ein rigides Dienstrecht,

verkrustete Strukturen und wachsende Unterfinanzierung der Hochschulen durch Ländersparhaushalte taten ihr übriges.

Wenn nun 1,25 Milliarden Bundesmittel an einzelne Hochschulen fließen sollen, die ein zukunftsweisendes Konzept vorweisen können, dann ist daran nichts Anrüchiges zu sehen. Entscheidend ist jedoch, dass Spitze und Masse nicht entkoppelt werden, sondern als zwei Seiten einer Medaille gesehen werden: Nur dort, wo es gelingt eine gute Qualität in der Breite des Studiums zu bringen, wächst auch die Chance NachwuchswissenschaftlerInnen zu rekrutieren, die Qualität in der Forschung bringen. Hier gilt der schlichte PISA-Satz: Klasse braucht Masse!

Ebenso schlicht ist eine weitere Erkenntnis: Ohne zusätzliches Geld kann das akademische Elend nicht beseitigt werden. Und da ist es ein positives Signal, dass der Bund

Geld in die Hand nehmen will, während die Länder ihre Hochschulen gerade weiter kaputt sparen.

Leider hat die notwendige Diskussion um Bildungsinvestitionen sehr gelitten unter dem „Elite“-Begriff. Dieser hat die Diskussion stark polarisiert und zwar zu Recht. Der Elitenbegriff ist ein problematischer, politisch und ideengeschichtlich belasteter Begriff. Oskar Negt spricht in diesem Zusammenhang von einem missbrauchten und entehrten Begriff. Immer sei das erkenntnisleitende Interesse auf den Prozess der Auslese und auf die wertenden Urteile über diese neu sortierten Menschen gerichtet. Der Elitetheorie haften ein antidemokratischer, mit Züchtungsformeln und klaren Machtgliederungen operierender Impuls an.

Wie danken Ihnen für dieses Gespräch.

Herkunft und Bildungschancen

Zur neuen Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks

Der soziale Status der Eltern ist einer der deutlichsten Indikatoren für den Bildungserfolg ihrer Kinder. Diese zeigte nicht nur die PISA-Studie, in der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks (DSW) wurden die Daten der Schulformen in die Betrachtung integriert. Dabei wurden vier wesentliche Schwellen beschrieben. Der Übergang von der Grund- zur Haupt-/Realschule/Gymnasium, der Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II, der Erwerb der Studienberechtigung und die Aufnahme des Studiums. Schon während der Schulzeit haben Kinder, deren Eltern ArbeiterInnen sind, die geringsten Chancen die Schwelle zu den Klassen 11 bis 13 zu überwinden. Nur 20% von ihnen gelingt dies. Wobei Kinder, deren Eltern verbeamtet, sind eine vier Mal höhere Übergangswahrscheinlichkeit haben.

■ Es gibt auch Gutes zu berichten...

Dennoch erlangen immer mehr Personen die Hochschulzugangsberechtigung, der Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ist auf 38 % gestiegen, ein bisheriger Höchststand. Der Anstieg der Bildungsbeteiligung ist auf die Zunahme der Frauenquote zurückzuführen, sie übersteigt in den neuen Bundesländern seit Jahren die der Männer.

Die tatsächliche Aufnahme des Studiums ist eine weitere Hürde. 2003 haben 40% derjenigen, die eine Zugangsberechtigung

erlangt haben, ein Studium aufgenommen. Damit haben sich anteilig so viele immatrikuliert wie noch nie zuvor in Deutschland.

■ ...obwohl noch viel zu tun bleibt!

Die letzten Zahlen mögen sich ganz gut angehört haben, aber ein Blick auf die sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung zeigt deutlich, dass noch viel Handlungsbedarf besteht. Gerade die Ausgestaltung der Studienfinanzierung hat neben der Selektivität unseres Schulsystems entscheidenden Einfluss auf die Beteiligungsrate.

Von den Kindern, die die ersten drei Schwellen überwandern und an die Uni gehen könnten, entscheiden sich weit weniger für diesen Weg, als dies Kinder aus Haushalten tun, deren Eltern einen höheren Bildungsabschluss haben. 84 % der Kinder von Vätern mit Hochschulabschluss nehmen ein Studium auf, nur ein Drittel so hoch ist der Anteil unter den Kindern, deren Väter eine Realschulabschluss haben.

■ Zur Bildungsbeteiligung!

Verglichen mit den Daten von 2000 hat sich jedoch einiges verändert. Die StudienanfängerInnenquote ist um insgesamt fünf Prozentpunkte gestiegen. Hiervon profitieren Kinder aus den verschiedenen Bildungsniveaus – allerdings nicht im gleichen Maße. Während die Bildungsbeteiligung der Kinder von Vätern mit Hochschulreife

um 7% anstieg und die der Kinder von Vätern mit Hauptschulabschluss erstmals um 5% stieg, hat sich der Anteil der Kinder von Vätern mit einer Realschulabschluss um 6% verringert.

An den Rändern hat die Bildungsbeteiligung zugenommen, nicht, dass dies nicht positiv wäre, aber ein gleichmäßiger Anstieg der Bildungsbeteiligung wäre für unser Bildungssystem doch schon ein großer Fortschritt gewesen. Denn nicht nur die Bildungsbeteiligung im allgemeinen ist anzuheben, gerade die weniger vertretenen sozialen Schichten sollten stärker gefördert werden. In den heutigen Debatten über den Sinn und den Unsinn von Ganztagschulen, der Schließung von Jugendeinrichtungen aufgrund leerer Kassen der Kommunen, der Erhebung von Studiengebühren und ihrer sozialen Verträglichkeit, ist nicht zu erkennen, wo und wie eine sinnvolle, nämlich gleiche und damit gerechte Bildungspolitik noch ihren Platz haben kann. Das mangelnde Vertrauen der Studierenden in die Reformen des Bundes und der Länder zeigt sich deutlich in der Nichtannahme des BA-/MA-Studienabschlusses. Nur 5% der StudienanfängerInnen entscheiden sich für diesen Abschluss, obwohl damit doch alles besser, vergleichbarer und europäischer

Fortsetzung auf Seite 8

Weitere Infos der Erhebung auf Seite 5

blackmail und Bitune im Mensafoyer

Am 09.07.2004 veranstaltet der AstA im Foyer der Zentralmensa ein Konzert der Band Blackmail. Als Support wurden Bitune aus Eschwege engagiert, die schon wiederholt durch großartige Auftritte in Göttingen auf sich aufmerksam gemacht haben.

Blackmail gibt es in dieser Besetzung seit nunmehr über zehn Jahren. Nach den sehr geachteten Alben „Blackmail“ (1997), „Science Fiction“ (1999), „Do robots dream of electric sheep?“ (2000) und „Bliss, please“ (2001) veröffentlichten Blackmail Mitte letzten Jahres mit „Friend or foe?“ ihren fünften Longplayer. Sehr schnell wurde klar, dass es sich dabei um eines der herausragendsten deutschen Rockalben der letzten Jahre handelte.

Die kritische einschlägige Presse lobte das Werk in den höchsten Tönen. Die Musikzeitschrift Visions wählte das Album zur „Platte der Monats“, was bei deutschen Bands eher selten vorkommt. Die eigenwillige Mischung aus derben Gitarrenklängen mit psychedelischen Einschlägen, gepaart mit einer starken künstlerischen Experimentierfreudigkeit und englischen Lyrics, haben Blackmail zu einer Institution in der deutschen Rockkultur gemacht. Auf dem aktuellen Album sind zudem die starken Stoner-Rock-Einflüsse à la Queens Of The Stone Age, Kyuss, Fu Manchu ect. deutlich erkennbar. Neben den hochgelobten Alben sind Blackmail aber auch für ihre exzellenten Livequalitäten bekannt. Durch unzählige starke Clubshows und Auftritte auf großen Rockfestivals (u. a. Hurricane- und Bizarre-Festival) haben sich Blackmail eine große Anzahl an Fans erspielt.

Bitune, bestehend aus Sascha Wiegand (Vocals, Gitarre), Christian Wosimski (Gitarre), Thomas Bartscher (Bass) und Martin Bartscher (Drums), existieren seit 1996 und vereinen in ihren Songs eine Mischung aus unterschiedlichen, sich ergänzenden Stilrichtungen, die sich zwischen Alternative und Nu Rock treffen. Nach mehreren Demos lernte die Band 2002 den Gitarristen von Skunk Anansie kennen, der 2003 mit Bitune das nächste Album aufnahm. Das Jahr 2003 verlief für die Band sehr erfolgreich, man spielte unter anderem Gigs mit 4Lyn, Favez, und den Emil Bulls. Viele positive Berichte in nationaler und internationaler Presse folgten. Anfang 2004 tourte die Band dann im Vorprogramm der Newcomer Billy Talent. Im Herbst stehen sowohl eine Tour mit 4Lyn als auch ein jetzt schon ausverkaufter Gig im Faust in Hannover als Support von Philip Boa & the Voodooclub an. 2004 dürfte damit wohl nicht minder erfolgreich für die rockenden Eschweger verlaufen...

Da hier mit Blackmail und Bitune eine außergewöhnliche große Band und ein

vielversprechender Newcomer das Mensafoyer rocken, darf man wohl zu Recht sehr gespannt sein und auf eine große Rockshow hoffen. Der Vorverkauf hat diese Woche begonnen. Karten sind am Infoschalter im Mensafoyer und im Sekretariat des AstA (Goßlerstr. 16a) erhältlich. Die Eintrittspreise liegen bei 8 Euro im Vorverkauf und 10 Euro an der Abendkasse, was wir, in Anbetracht

der Bands und der sonstigen Eintrittspreise für Rockkonzerte für einen absolut fairen Preis halten. Ein solches Konzert sollte man sich nicht entgehen lassen. Mehr Infos über:

www.blackmail.de, www.bitune.de
www.vivions.de, www.mainstage.de

Die Bühne steht!

Der erste Schritt zur Umgestaltung des kleinen Campus ist vollbracht. Seit Ende letzter Woche steht die neue, fest installierte Bühne auf dem kleinen Campus zwischen der Zentralmensa und dem ZHG. Nach langem Hin und Her konnte endlich mit dem Bau begonnen werden. Unter tatkräftiger Mithilfe einiger AstA-MitarbeiterInnen wurde einen ganzen Tag lang gesägt, geschraubt und gewerkelt, um die Bühne möglichst schnell fertig zu stellen.

Die für Samstag geplante Prämierveranstaltung, das „Dumm Rockt Gut II Festival“ im Rahmen des Zukunftskongresses, musste leider auf Grund des wechselhaften Wetters ins ZHG verlegt werden. In Zukunft werden aber noch einige Veranstaltungen vom AstA, Campusfilm und anderen universitären Veranstaltern auf dem neu geschaffenen Areal stattfinden.

Erfreulich ist aber insbesondere, dass durch eine derartige Installation Open-Air-Veranstaltungen, wie Konzerte, Kino etc. in der Organisation wesentlich unkomplizierter auf die Beine zu stellen sind, was, so hoffen wir, zu einem wesentlich breiteren Angebot an kulturellen Open-Air-Veranstaltungen führen wird. Die Bühne wird allen, die Interesse an der Organisation von Veranstaltungen haben, gegen eine geringe Miete zur Verfügung stehen. Beseitigt werden müssen nunmehr nur noch die wenig ästhetischen „Wellen“. Die Suche nach einem Sponsor für die Kosten der Beseitigung in Höhe von 20.000 Euro wird fortgesetzt. Wir sind aber zuversichtlich, dass in nächster Zeit ein bereitwillige Mäzenin gefunden wird.

Göttinger StuPa beschließt Beitritt zur LandesAstenKonferenz

Das Studierendenparlament hat am 18. Mai den Beitritt der Göttinger Studierendenschaft zur LandesAstenKonferenz (kurz: LAK) mit der Mehrheit der Koalition von Juso-HSG und ADF beschlossen. Die Mitgliedschaft in der LAK ist zunächst auf die Dauer eines Jahres befristet.

Als Zusammenschluss niedersächsischer Studierendenschaften soll die LAK der Wahrnehmung studentischer Interessen dienen. Sie hilft bei der internen Koordination der Studierendenvertretungen und soll gemeinsame Positionen wirkungsvoll gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere auch der Landesregierung vertreten.

Die LAK lehnt Studiengebühren in jeglicher Form ab und fordert ein gebührenfreies Studium; auch weitere Kürzungen des Bildungsetats weist sie als unzumutbar zurück und plant deshalb bereits Maßnahmen gegen die erneut drohenden Einschnitte in den Bildungshaushalt des Landes durch die Landesregierung. So wird beispielsweise das Bündnis „Bildet die Rettung“ fortgeführt (siehe: www.bildet-die-rettung.de), welches schon im vergangenen Jahr Proteste gegen das Hochschul-Optimierungs-Konzept (HOK) der Landesregierung organisierte.

Die Überlegungen einiger LandespolitikerInnen, die verfasste Studierendenschaft abzuschaffen, werden von der LAK scharf kritisiert: Sie arbeitet für den Erhalt dieser wichtigen Vertretung studentischer Interessen.

Lohnkürzungen – ohne uns

Juso-Hochschulgruppe unterstützt die studentischen „Hilfskräfte“

Vor wenigen Wochen wurde plötzlich bekannt: Die Stundenlöhne für studentische wissenschaftliche Hilfskräfte werden zum 1. Mai gesenkt. Gleichzeitig wird das monatlich anteilig ausgezahlte Weihnachtsgeld gestrichen. Diese Regelung gilt für alle Neueinstellungen, aber auch bei Vertragsverlängerungen – und hier wird es für alle interessant. Die durchschnittliche Vertragsdauer beträgt in Göttingen zwischen drei und sechs Monaten – für einige wird die Kürzung also bereits zum 1. Juli greifen.

■ Böse Überraschung

Die Informationspolitik der Hochschule ist in diesem Zusammenhang mehr als beklagenswert. Die Beschäftigten erfuhren gar nicht oder nur am Rande von den Lohnkürzungen. Von einer offiziellen Information kann dabei keine Rede sein. Auch die entsprechenden Info-Seiten der Homepage weisen immer noch die alten Stundenlöhne aus – ohne jeglichen Hinweis auf die bereits umgesetzten Veränderungen. Auch wenn sie im Haushaltsplan als „Sachmittel“ auftauchen, die „HiWis“ sind normale Beschäftigte, die zuverlässig mit ihrem Einkommen planen können müssen.

■ Weniger Geld – warum?

Die Stundenlöhne für die so genannten studentischen „Hilfskräfte“ sind nicht tarifvertraglich gesichert, sondern werden von Seiten des Landes in Form von Erlassen festgelegt. Sicher ist dabei lediglich eine Höchstgrenze von 8,02 Euro/Stunde, die die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, als Zusammenschluss der öffentlichen Arbeitgeber, bereits 1993 festlegte. Seit über elf Jahren wurden die Löhne damit von der Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst abgekoppelt und nicht mehr erhöht. Zum 1. Mai 2004 haben Niedersachsen und Baden-Württemberg als erste Bundesländer nun die Stundenlöhne gesenkt – mit dem Verweis auf die allgemeine Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst. Niedersachsenweit sollen nur noch 7,72 Euro an den Universitäten bzw. 5,37 Euro an den Fachhochschulen gezahlt werden.

■ Ein anderer Weg ist möglich!

Als Stiftungshochschule hätte Göttingen diesen Beschluss jedoch nicht anwenden müssen – sie selbst ist als Arbeitgeberin anstelle des Landes getreten. Die Kürzungen der Stundenlöhne sind damit eine bewusste Entscheidung des Präsidiums – und nicht unumkehrbar.

Die Entscheidung steht ganz im Gegensatz zu den Reaktionen der baden-württembergischen RektorInnen, die nicht nur

scharf gegen die Kürzungen protestierten, sondern seit langem eine höhere Bezahlung fordern.

■ Geldmangel als Pauschalgrund

Auf Nachfrage verwies die Hochschulleitung auf die Sparrunden und die angeblich überproportional hohen Ausgaben für studentische „Hilfskräfte“ in Göttingen. Um gleich noch die Drohung folgen zu lassen, dass ansonsten Stellen gestrichen werden müssten. Dem lässt sich jedoch einiges entgegen:

Studentische Beschäftigte machen einen marginalen Haushaltsposten im Gesamtetat aus – so unerfreulich die Kürzungen für die Betroffenen sein werden, so unentscheidend sind sie für das Finanzdefizit der Hochschule.

Studentische Beschäftigte halten die Hochschule mit am Laufen. Ohne ihre Tutorien, Laborarbeiten, wissenschaftlichen Recherchen, Seminarvorbereitungen würden Forschung und Lehre nicht funktionieren. Denn: Studentische Beschäftigte sind kein Randphänomen, bundesweit arbeiten 16,4% aller Studierenden an Hochschulen.

Die Mittel für „HiWis“ werden den Instituten in Euro und nicht in Stunden berechnet – die Lohnkürzungen sorgen zurzeit lediglich für faktische Arbeitszeitverlängerungen. Viele „HiWis“ werden die Möglichkeit wahrnehmen, für ihr bisheriges Gehalt länger zu arbeiten. Das ausgegebene Geld bleibt also gleich – von drohenden Stellenkürzungen keine Spur.

Der Anteil des Haushaltspostens wäre bedeutend geringer, wenn die Hochschule nicht reguläre Beschäftigungsverhältnisse, die nach BAT bezahlt werden müssen, in studentische „Hilfskraftstellen“ verwandeln würde: Bibliotheken, Verwaltungstätigkei-

ten, Rechenzentren. In diesen Bereichen können „wissenschaftliche Hilfskräfte“ nur in den seltensten Fällen eingesetzt werden. Realität ist jedoch: Diesen arbeitenden Studierenden wird ein großer Teil ihres Lohnes vorenthalten, und die Stellen von regulär Beschäftigten werden vernichtet.

■ Die nächste Kürzung kommt bestimmt!?

Nicht erst seit dem Streik im Winter wissen wir, dass die Hochschulen chronisch unterfinanziert sind. Diese Unterfinanzierung ist jedoch keine Naturgesetzlichkeit, sondern eine politische Entscheidung: das HOK I entstand, weil der Bildungsetat überproportional gekürzt wurde. Diese Entscheidung auf dem Rücken der Beschäftigten und der Studierenden auszutragen, halten wir für grundfalsch! Stattdessen sollten sich die RektorInnen bemühen, die bereits abzusehende nächste Sparrunde zu verhindern – und zwar gemeinschaftlich mit allen Hochschulen und nicht gegeneinander. Denn eins muss uns klar sein: Die nächste Kürzung wird sicherlich wieder an die Studierenden und Beschäftigten weitergereicht werden. Und bei den studentischen Hilfskräften ist am Stundenlohn nur eines sicher: Die Obergrenze – weiter nach unten geht es immer.

■ Rechte sind mehr als Glück!

Die Juso-Hochschulgruppe ruft alle studentischen Beschäftigten auf, sich an der Vollversammlung zu beteiligen. Hier wird es neben weiteren Informationen und Beratungsangeboten v.a. auch um den Protest gegen die Kürzungen gehen.

**Vollversammlung
aller „Hilfskräfte“ („HiWi-VV“)
am Donnerstag, 24.6.2004
um 14 Uhr im ZHG 009**

Die neuen Wahrheiten über das Studierendenleben:

Fast alle Studierenden haben die allgemeine Hochschulreife, nur 3 % kommen über sonstige Zugangsberechtigungen an die Uni.

Der Anteil jener Studierenden, die einen abgeschlossene Berufsausbildung haben oder diese nach dem Abschluss noch anstreben, sinkt seit den neunziger Jahren, es sind jetzt nur noch 26 %. Der Anteil ist an den Fachhochschulen mit 51 % wesentlich höher als an den Universitäten.

23 % der Studierenden wechseln ihr Studieneinfach. 63 % der Wechsel erfolgt in den ersten drei Semestern.

Nach wie vor unterbrechen 15 % der Studierenden ihr Studium.

Der Frauenanteil ist erneut angestiegen (47% auf 50%).

JedeR zehnte Studierende befindet sich in einem postgradualen Studiengang. Davon haben sich 42 % für eine Zweitstudium entschieden, ein Ergänzungsstudium absolvieren 20 %, weitere 38 % streben eine Promotion an.

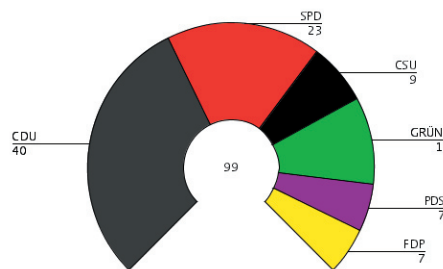
Europa wählt (nicht)...

Stellt euch vor es ist Wahl und (fast) keiner geht hin. 55 Prozent (nach Collaboration EP - Eos Gallup Europe) aller Wahlberechtigten blieben am Sonntag lieber zu Hause. Und diejenigen, die sich dann doch zur Wahlurne bequemen, stimmten nicht europäisch ab, sondern meist dann doch sehr national. Man watschte lieber die eigenen Regierungen richtig ab. Europäisch gedacht haben da die wenigsten. Ein Phänomen, das nicht nur in Deutschland zu beobachten war, sondern in ganz Europa. Alte wie neue Mitgliedsstaaten. Wahlmüdigkeit ist etwas, was bereits bei den letzten Wahlen zu beobachten war, aber noch nie so stark wie in diesem Jahr. Die Europäische Union steht vor der Gefahr wieder in das hinabzurutschen, was sie eigentlich überwinden wollte: Europäische Kleinstaaterei und nationales Denken.

■ Ein hausgemachtes Problem

Vielleicht eines, das sie sich selbst zuschreiben hat. Die Geschwindigkeit, mit der die Erweiterung vorangetrieben wurde, ohne eine stabile Basis in den bisherigen Mitgliedsländern geschaffen zu haben, war vielleicht ein Fehler. Jetzt ist es daran, das System zu reformieren. Leicht wird es

nicht, die endlosen Entscheidungswege der Brüsseler Bürokratie zu verkürzen und das Europäische Parlament zum Entscheidungszentrum innerhalb der Europäischen Union zu machen. Nicht nach diesen Wahlen. Insgesamt erzielten die nationalistisch gesinnten Parteien bei den Wahlen zum Europaparlament 27 Mandate. 66 weitere Sitze nehmen zumeist rechtsgerichtete Formationen ein. Dazu kommen weitere EU-KritikerInnen wie die separatistische



„United Kingdom Independence Party“, die zwölf Mandate errang, und der Fraktion für das „Europa der Demokratien und der Unterschiede“ zugerechnet wird. Gerade die nationale Ausrichtung der Wahl, gepaart mit einer geringen Wahlbeteiligung in den neuen Mitgliedsländern, könnte gefährlich werden. In Polen wählten gerade

mal 19,97 Prozent und in der Slowakei nur 16,6 Prozent. Europa hat seinen eigenen GegnerInnen die Tür aufgemacht. Dass man sich damit nicht unbedingt selbst nützt, ist überflüssig zu erwähnen.

■ Das Europa in den Köpfen

Die „Idee Europa“ muss den Menschen näher gebracht werden. Es macht keinen Sinn, sich mit großen Worten auf eine gemeinsame Verfassung zu einigen, und diese dann (hoffentlich) auch mal zu verabschieden. Was nutzt einem eine europäische Verfassung, wenn sie 55% aller „EuropäerInnen“ sowieso nicht interessiert? Erst wenn die Menschen in Europa wirklich europäisch denken und dann auch so wählen, bekommen die Union und ihre Verfassung eine stabile Legitimation, auf der man weiter aufbauen kann. Gerade in Deutschland war zu beobachten, dass beinahe alle Parteien auf einen weitgehend impersonellen Wahlkampf setzten, dem zusätzlich noch übergeordnete Wahlkampfthemen fehlten. Kein Wunder, dass die Menschen nach nationalen Gesichtspunkten wählen, wenn ihnen nur nationale Thematiken präsentiert werden. Es liegt an den Parteien die „Idee Europa“ in die Länder hineinzutragen.

Gegen die Wand

Ein Bericht aus dem Senat

Nachdem wegen eines Formfehlers bei den Uni-Wahlen eine teilweise Nachwahl notwendig geworden war, konnten die beiden studentischen Vertreter an der ersten Sitzung des neuen Senats am 16. Juni teilnehmen. Gemeinsamer Vertreter der Juso-HSG und der GHG ist in diesem Jahr Sascha John, da turnusmäßig der Platz in diesem Jahr wieder der Juso-Hochschulgruppe zufällt. Die rot-grüne Listengemeinschaft besteht bereits seit vielen Jahren und die Wahrnehmung des Amtes steht den beiden Gruppen abwechselnd zu, was ab und zu den formalen Rücktritt eines Listenmitglieds notwendig macht, das im persönlichen Wahlergebnis mehr Stimmen erhalten hat. Eine bewährte Regelung – auch wenn einige politische Mitstreiter das Prinzip der Rotation offenbar nicht verstehen.

■ Recht hat...

Auf der letzten Senatssitzung am 16. Juni ging es unter anderem um die neuen Gebühren beim Uni-Sport. Der Uni-Sport hatte zu Beginn des Semesters eigenständig und ohne Rechtsgrundlage eine Gebühr von

10 Euro für alle BenutzerInnen eingeführt. Der Senat sollte dies nun nachträglich legitimieren, indem er diese Gebühr in die Gebührenordnung der Uni aufnehmen sollte. Begründet wurde dies von Uni-Präsident Kern in erster Linie damit, dass dies ja eine Vereinfachung für die Studierenden darstelle, weil ja dadurch die einzelnen Kursgebühren entfielen. Dies entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Kurse wie Gymnastik usw. kosten weiterhin extra, worüber der Herr Präsident scheinbar nicht informiert war. Dennoch wurde diese Gebühr gegen die Stimmen der studentischen Senatoren durchgedrückt.

Ebenfalls ohne die Stimmen der studentischen Senatoren wurde der bislang kostenlose Aufbaustudiengang „Linguistische Datenverarbeitung“ in einen kostenpflichtigen Studiengang verwandelt, ohne einen Schutz für die Studierenden einzubauen, die diesen bereits studieren. Das bedeutet für diejenigen, die dies bereits länger studieren, nun vor der Wahl zu stehen, ihr Studium abzubrechen oder die voraussichtlich extrem hohen Gebühren zu bezahlen. Das

ist absolut unzumutbar, da diese Studis ihr Studium mit der Überzeugung begonnen haben, dieses auch ohne weitere Kosten zu Ende bringen zu können.

Auf die Nachfrage des Juso/GHG-Senators, warum die Löhne für studentische „Hilfskräfte“ gesenkt wurden, antwortete Kern mit dem Totschlagargument, dass kein Geld mehr da sei. Auf den Hinweis, dass die Uni doch ein ureigenes Interesse daran hätte, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, wurde in keiner Weise eingegangen.

■ ...wer am lautesten schreit

Als der Vertreter der Juso/GHG-Liste bei Gründung der Stiftungsuniversität darauf hinwies, dass studentische „Hilfskräfte“ nun auf Gnade und Ungnade der Universität ausgeliefert seien, sagte derselbe Hochschulpräsident noch, die Uni würde schon aus klarem Eigeninteresse nie die Löhne der „Hilfskräfte“ senken. Die kurze Halbwertszeit präsidentieller Zusagen – ein neues Forschungsgebiet?

Doppelter Einsatz: JU für Studiengebühren

RCDS gegen studentische Vertretungen

Die Jugendorganisation der CDU, die Junge Union (JU), hat sich auf ihrem letzten Niedersachsntag für Studiengebühren ausgesprochen. Natürlich tanzt auch die JU den üblichen Schleiertanz der GebührenbefürworterInnen: Die Gebühren müssen den Hochschulen zugute kommen, es muss Stipendien und Darlehen geben usw.

■ Verschleierte Gebührenbegründung

Natürlich wissen wir inzwischen alle, wie so ein Schleiertanz endet. Die in Niedersachsen bisher eingenommenen Studiengebühren kommen keineswegs den Universitäten zugute, die nur den Bütteldienst der Eintreibungen leisten dürfen, sondern dem Landeshaushalt. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist denn auch schon etwas weiter und fordert die Erhebung von Studiengebühren nach Fächern differenziert, die die Hochschulen in einem Korridor von 1.000 bis 3.000 Euro selbst festlegen dürfen. Der RCDS-Bundesverband, der sich schon länger für allgemeine Studiengebühren ausspricht, hat denn konsequenterweise auch gleich den Beschluss der HRK begrüßt.

■ Nackte Tatsachen

Am Ende wird es auch bei RCDS und JU ausgehen wie bei anderen Studiengebühren-

brachte beim Parteitag der CDU Braunschweig einen Antrag ein, in dem er die Verfasste Studierendenschaft, also AstA und Fachschaften als eigene Körperschaften des öffentlichen Rechts, abschaffen möchte. An ihre Stelle soll ein aus Studierenden bestehender Ausschuss des Senats treten, der sich dann mit keinerlei politischen Dingen mehr beschäftigen soll. Eigene Beiträge und einen eigenen Haushalt hat dieser dann natürlich auch nicht mehr, sondern muss sich von der Uni Geld zuweisen lassen. Der Rektor soll alle Geldmittel einzeln bewilligen und ihnen ausdrücklich erklären, was sie zu tun und zu lassen haben.

■ Wie werde ich die studentische Interessenvertretung los?

Die Folgen sind katastrophal, denn gerade jetzt brauchen die Studierenden angesichts von Kürzungen und drohenden Studiengebühren eine effektive Studierendenvertretung mehr denn je. Die in Bayern und Baden-Württemberg bestehenden Studentischen Vertretungen dieser Art sind bekannt zahnlos. Angesichts dieser praktischen Erfahrungen ist eine Übertragung auf Niedersachsen nicht zu empfehlen.

Die Begründung des RCDS ist entsprechend oberflächlich: Es wird auf angebliche Fälle von Verschwendung, insbesondere

Zuspruch bei den Studierenden und ist kaum in Asten vertreten. Der Antrag ist jenseits der vorgeschobenen Begründungen nur das Gejammer eines schlechten Verlierers; leider hat die CDU Braunschweig diesen antidemokratischen Antrag angenommen.

■ Und in Göttingen?

Der RCDS Göttingen ist bisher noch nicht für die Abschaffung des AstA, da er ja bis zu diesem Jahr in ihm vertreten war. Offiziell ist er auch gegen Studiengebühren. Die Taten des RCDS Göttingen sprechen eine andere Sprache. Er kann sich nicht dazu aufrufen, in seinem eigenen Verband auf Landes- und Bundesebene oder gegenüber JU oder CDU zu opponieren.

Auch bei den Demonstrationen gegen Kürzungen der Landesregierung bremste der RCDS. Den AstA möchte er verkrüppeln, indem er ihm alle politischen Äußerungen verbieten will. Bei der konstituierenden Sitzung des StuPas ließ der RCDS auch bezüglich Studiengebühren die Maske fallen. Er unterstützte den Kandidaten der Studiengebühren befürwortenden LHG bei den Wahlen zum AstA-Außenreferenten und bildete mit der LHG eine gemeinsame Liste für den Haushaltsausschuss. So zögerlich der RCDS Göttingen noch sein mag: Auch ihm wird das Cheerleaderkostüm passen.

► Newsletter

Gerne versorgen wir dich mit aktuellen Infos und Einladungen.

Schicke einfach eine Mail an:

newsletter@jusos-goettingen.de

Oder ruf an:
0176/20030540

Du interessierst dich für Uni-Politik ?
..aber dir fehlen viele Themen?
Du willst MEHR?

Der Juso-Stadtverband freut sich immer über neue Gesichter! Themen werden in der nächsten Zeit u. a. sein: Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, Berufsorientierung, Internationales und vieles mehr.

► www.jusos-goettingen.de

freundInnen: Übrig bleibt die nackte Tatsache der Studiengebühren nach dem Wegfall zunächst vorgeschobener sozialer Fassaden. Und die Rolle der JU? Cheerleader.

■ RCDS als schlechter Verlierer

Natürlich möchte der RCDS da nicht zurückbleiben. Der RCDS Braunschweig

im Braunschweiger AstA hingewiesen und allgemein die zu politische Ausrichtung der Asten beklagt.

Die wirklichen Ursachen sind einfacher, der RCDS Braunschweig ist aus dem AstA Braunschweig wieder hinausgewählt worden. Tatsächlich findet der RCDS überall in Deutschland und Niedersachsen nur wenig

Fortsetzung von Seite 3

(DSW-Sozialerhebung)

werde.

■ Zur Studienfinanzierung

Der Anteil der von den Eltern finanzierten Studierenden hat sich im Vergleich zu 2000 erhöht, auch der Anteil der BAföG-EmpfängerInnen hat sich leicht erhöht. Zurückgegangen ist der Anteil der Selbstfinanzierenden, allerdings ist er mit einem Niveau von 27% noch immer zu hoch.

Dies steht im Zusammenhang mit der Entwicklung des BAföG-Anteils, der Tiefpunkt war hier im Jahre 1997 erreicht, als nur 10,6% der Gesamtfinanzmittel der Studierenden aus der staatlichen Förderung kam. Die Novelle im Jahre 2001 hat dazu beigetragen diesen Anteil auf 13,2% ansteigen zu lassen.

Die im Sommer anstehende Novelle des BAföG wird jedoch nicht dazu beitragen die Förderungsquote zu erhöhen, hier stehen vielmehr Vereinfachungen und Verkürzungen der gesetzlichen Vorschriften im Vordergrund.

■ Finanzielle Situation der Studierenden

Die finanzielle Unterstützung durch die Eltern nimmt mit der höheren Herkunftsgruppe naturgemäß zu. Dennoch werden 27% der Finanzmittel der Studierenden aus der niedrigen Herkunftsgruppe von den Eltern getragen, 30% wird durch BAföG und die restlichen 43% durch Verdienst bestritten. Wohingegen 64% der Finanzmittel in der hohen Herkunftsgruppe von den Eltern und 5% durch BAföG bestritten werden, 22% werden hier durch Verdienst erwirtschaftet. 89% der Studierenden werden mit durchschnittlich 435 Euro pro Monat von den Eltern unterstützt.

Der Anteil der Studierenden, die durch eigenem Verdienst zur Finanzierung ihres Studiums beitragen, ist leicht zurückgegangen (von 66% auf 63%). Allerdings

ist der durchschnittliche Verdienst auf der selben Höhe verblieben, er beträgt 327 Euro im Monatsdurchschnitt. Ob und wie dieses Niveau beibehalten werden kann, erscheint in der aktuellen Kürzungswelle, bei der auch vor den „HiWi“-Gehältern nicht Halt gemacht wird, fraglicher als sie grundsätzlich schon ist.

Studierende unterstützen Lehre und Forschung durch ihre Mitarbeit nicht aus reinem Idealismus – auch „HiWis“ müssen ihren Lebensunterhalt verdienen. Der Großteil der Studierenden gehen jedoch prekären Beschäftigungen außerhalb der Hochschule nach. Betrachtet man den Anteil dessen, was die Studierenden erwirtschaften müssen, um sich das Studium leisten zu können, dann liegt der Schluss nahe, dass das Finanzierungssystem gravierende Mängel aufweist.

Dies soll nicht nur mit der Verdiensthöhe von 327 Euro pro Monat begründet werden, sondern auch mit den Finanzierungsanteil von 27% des Gesamtbedarfs des Studierenden aus der sozial schwachen Herkunftsgruppe. Ein funktionierendes Förderungssystem muss dazu beitragen, ein Studium zu ermöglichen, ohne die gesamte Familie bzw. die Eltern über alle Maßen zu belasten.

Ohne eine breite Diskussion über die Reformmöglichkeiten der Studienfinanzierung wird die ohnehin schon unsägliche Diskussion um allgemeine Studiengebühren erst recht dazu führen, dass die Bildungsbeteiligung der heute schon schwach vertretenden sozialen Gruppen noch weiter abnehmen wird. Das ist der falsche Weg, um das Studium zu reformieren, denn nicht nur die PISA-Studie hat belegt, dass wir eine höhere Bildungsbeteiligung brauchen; auch die Diskussion über den „Fachkräftemangel“ und die Greencard für ComputerspezialistInnen zeigt deutlich, dass Handlungsbedarf besteht.

Weitere Infos aus der Sozialerhebung des DSW gibt's im Kasten auf Seite 5 oder unter www.studentenwerke.de

Wir treffen uns regelmäßig jeden Donnerstag um 20 c.t. Uhr im Theologicum, Raum 7. Kontakt über Alexandra (Tel. 6337144) oder e-mail: kontakt@juso-hsg-goettingen.de



Juso
Hochschulgruppe Göttingen

V.i.S.d.P: Sascha John

Jetzt wird's Hartz!

Landauf landab rufen PolitikerInnen aller Couleur, angebotene Arbeit dürfe nicht abgelehnt werden. Zumutbar sei sie immer. Ansonsten müsse das Geld gekürzt werden. Die unschöne Chiffre: Hartz I. Doch wie hältst du es mit der Religion? Wir sehen uns um und sind erstaunt: Politik ist langweilig und volksfern? Die Parteien alle gleich und die Politiker nur hinter den sicheren Pensionen her? „Nein!“, erschallt es da aus dem Neuen und Alten Europa, „wir wollen Euch das Gegenteil beweisen.“ Und von nun an wird dem geeigneten Wähler und der Wählerin was geboten: Abwechslung. Wohl kaum ein Bereich – außer vielleicht Fußball – eignet sich momentan so gut zu lustigen Tippgemeinschaften wie die Suche nach dem neuen EU-Präsidenten. Die Spannung ist kaum noch zu ertragen – jeder Blick in die Nachrichten bringt neue Wettquoten: Tritt er den Job an, oder nicht? Und wenn er geht, wer wird sein Nachfolger? Und wenn er bleibt, wer geht dann stattdessen? Stoiber lehnte ab. Ist der Posten des EU-Präsidenten unzumutbar? Werden Stoiber jetzt die Bezüge gekürzt? Und wie verhält es sich mit dem thüringischen SPD-Spitzenkandidaten Matschie? Zugegeben: Er hatte sich auf einen anderen Job beworben – aber ist ein Landtagsmandat in der drittstärksten Fraktion eine unzumutbare Härte? Ein Umzug von Berlin nach Erfurt unmenschlich? Mehr Glück hatte da bereits Volker Rühle, dem der Umzug nach Kiel nach der verlorenen Wahl ebenso erspart blieb wie Kürzungen seiner Ministerpension – Hartz II war 2000 noch nicht erfunden. Soviel Volksnähe hätten wir nicht erwartet.

■ Noch mehr Unerwartetes

Kümmern wir uns jedoch um die schönen Dinge des Lebens: die kulinarischen Überraschungen. Zuerst wasche und viertele man 300g Erdbeeren. Als Gegengewicht werden 200g gewaschene Erdbeeren mit 100g Puderzucker und – jetzt kommt's - 1 cl Balsamicoessig püriert. Und weil man nicht trennen kann, was zusammen gehört, mischt man die Erdbeeren unter das Püree. Eine besondere Note bekommt unser Dessert durch das Hinzufügen von einem TL grünem Pfeffer und 200g klein gewürfeltem Schafkäse. Nun kehren wir in gewohnte Gefilde zurück und richten das Ganze erwartungsgemäß auf ein paar Blättern Rucolasalat oder mit Basilikum an. Et voilà – danach kann nichts mehr kommen.

Viele vergnügliche Überraschungen wünscht euch

euer Proletarische Siebeck